



KOMMENTAR

#kaufkraftausgleichjetzt

Von Martin Friese, Vorsitzender der Jungen Gruppe im GdP-Bezirk Bundespolizei

„Wenn Polizeibeamte sich eine Woche ein Zimmer teilen und darin schlafen müssen, so ist das nicht meine Wertvorstellung“, so Herr Seehofer in seiner Rede zum Amtsantritt als neuer Bundesinnenminister. Wir können dies nur begrüßen!

Dafür kämpfen wir als Junge Gruppe seit zwei Jahren. Wir haben zahlreiche Gespräche im politischen Raum geführt und mit einer groß angelegten Postkartenaktion den Kolleginnen und Kollegen signalisiert, dass wir hier für sie in die Bütt gehen. Wir fordern den Kaufkraftausgleich für den Dienst in Hochpreisregionen! Und erste kleine Erfolge stellen sich ein. Erstens: Im Koalitionsvertrag wurde insbesondere die Revitalisierung der Wohnungsfürsorge für den Bereich der Bundespolizei verankert. Zweitens: Mit dem neuen parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Stephan Mayer (CSU), konnten in der Vergangenheit bereits mehrfach konstruktive Gespräche geführt werden.

Doch noch immer, trotz erster regionaler Einstellungen, werden Kolleginnen und Kollegen quer durch die Republik versetzt. Dieter Reiter, Oberbürgermeister von München, sagte jüngst in einem Interview mit der Wochenzeitung DIE ZEIT: „Wenn ein Polizist nach München versetzt wird, dann ist das für ihn die Höchststrafe“. Freilich zielt er damit auf die Lebenshaltungskosten ab. Wir in der Bundespolizei haben Jahr für Jahr etliche Kolleginnen und Kollegen, die eine solche „Strafe“ per Versetzung nach München, Frankfurt und in weitere Metropolregionen erfahren. Natürlich besteht eine Verpflichtung für eine deutschlandweite Verwendung. Aber verpflichtet sich der Dienstherr nicht auch zur alimentativen Fürsorgeleistung, um „einen angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren“? Das Dienst- und Treueverhältnis ist

schließlich keine Einbahnstraße! Die neue Bundesregierung plant eine weitreichende Wohnungsbauoffensive. Inwiefern auch Bundespolizei und Zoll im Rahmen von Bundesbedienstetenwohnungen dabei bedacht werden, bleibt abzuwarten, zumal der allgemeinen Wohnungsfürsorge der Bevölkerung zweifelsfrei der Vortritt gehört.

Leben in Hochpreisregionen

Die aktuelle Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen legt umfangreich dar, wie sehr sich die Lage in den Metropolregionen zuspitzt. So spricht man bereits ab 34% des Nettogehalts als Aufwendung für die Bruttowarmmiete von einer überdurchschnittlichen Belastung. Für Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei und des Zolls ist dies, gerade in den unteren Besoldungsstufen wie EG 5, A 6 oder A 7, so sie nicht regelmäßig zum Dienstort pendeln, keine Seltenheit. Nur wollen wir hier noch mal eines unmissverständlich klarstellen: Wir wollen keine Pendlerpolizei. Unsere Forderung lautet: Dort, wo Beschäftigte von Bundespolizei und Zoll gebraucht werden, sollen sie sich auch das Leben leisten können!

Zwar räumt die Bundesregierung ein, dass „das durchschnittliche Einkommen – wie die Wohnungsnachfrage – deutliche regionale Unterschiede aufweist und in der Regel in den Ballungszentren höher als in eher ländlichen Gebieten ist“. Dabei sollte doch gerade sie wissen, dass die Bundespolizei und der Zoll einer einheitlichen Bundesbesoldung unterliegen und eine regional unterschiedliche Besoldung nach dem Bundesbesoldungsgesetz gemäß BVerfG nicht zulässig ist. „Vielmehr ist die Gewährung einer entsprechenden alimentativen Fürsorgeleistung zum Ausgleich der Mehrbelastungen geboten“, so bereits ein



Foto: GdP

Antrag der SPD-Bundestagsfraktion im Jahre 1990.

Wenn man bedenkt, dass sich der Mietpreis bspw. in München zwischen 15 und 20 Euro je qm bewegt, darf man der Bundesregierung durchaus unterstellen, dass man es hätte kommen sehen können!

Woher kommt der Nachwuchs?

Neben dem Umstand, dass man bereits jetzt die Quittung der Tatenlosigkeit in Form von Kündigungen, hoher Personalfluktuations sowie Erfahrungs- und Qualifikationsverlust bekommt, wird man so auch keinesfalls dem eigenen Anspruch eines attraktiven Arbeitgebers gerecht. Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes müssen auch bei schwierigen örtlichen Verhältnissen gewährleistet sein. Eine Studie besagt, dass 2030 bereits knapp 800 000 Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt sein könnten. Dass ein Personaldefizit im Bereich der Bundespolizei und des Zolls nicht hinnehmbar ist, haben die letzten Jahre deutlich vor Augen geführt. Außerdem ist das Verlangen der Bevölkerung nach Sicherheit größer denn je. Dafür

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

bedarf es einer modernen Polizei mit qualifiziertem Personal.

Maßgabe der aktuellen Bundesregierung muss es sein, sich im Wettbewerb mit anderen öffentlichen Bedarfsträgern und der Wirtschaft so aufzustellen, dass die Nachwuchsgewinnung sichergestellt ist. Geld allein verleiht dem neuen ungeliebten Dienstort sicherlich nicht mehr Attraktivität, aber ein Stück weit mehr Anziehungs- und Bindungskraft darf damit durchaus in Aussicht gestellt werden. Es ist ein elementarer Baustein einer Attraktivitätsoffensive, die wir für die Bundespolizei fordern! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr

seid gefragt! Mit nur wenigen Klicks könnt Ihr unsere Petition in der Zeit vom 24. April bis 22. Mai unterstützen und selbst dafür sorgen, dass sich auf Euren Gehaltszetteln etwas tut. Natürlich ist nicht jeder von Euch betroffen und würde von einem Kaufkraftausgleich für Hochpreisregionen profitieren. Aber zeigt euch solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen, die zu oft unfreiwillig und unter schwierigen



Bedingungen in diesen Regionen ihren Dienst versehen. Vielleicht geht so auch der Kelch der Abordnung öfter an Euch vorbei.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:

Forststraße 3a,
40721 Hildren
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hildren
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Anja Scheuermann
Tel.: 0211-7104514
E-Mail: scheuermann@gdp-bundespolizei.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion.

Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hildren
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

HER MIT DEM KAUFKRAFTAUSGLEICH!

Mit ihrer Petition will die Junge Gruppe der GdP der Politik Druck machen, um einen Kaufkraftausgleich für Beschäftigte in Hochpreisregionen durchzusetzen. Dort sind vor allem Berufsanfängerinnen und -anfänger aufgrund ihres geringen Einstiegsgehaltes besonders belastet. Wir haben mit zweien von ihnen gesprochen.

Sabrina Hopfe aus Wismar in Mecklenburg-Vorpommern ist 22 Jahre alt. Direkt nach der Ausbildung erhielt sie ihren Dienstposten als Kontroll- und Streifenbeamtin am Flughafen Frankfurt a. M. Tina Eitner war Kauffrau für Bürokommunikation, bevor sie sich für eine Ausbildung im mittleren Dienst des Zolls entschloss. 2012 zog die 30-Jährige weg aus ihrer Heimat Thüringen nach Berlin, für den Dienst in der mobilen Kontrolleinheit Verkehrswege.

DP: Danke, dass Ihr mit uns über Eure Situation sprecht. Könnt Ihr unseren LeserInnen einmal beschreiben, was Euer privater und beruflicher Hintergrund ist?

Sabrina: Zu meinen Aufgaben hier am Flughafen gehört die grenzpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung in den Grenzkontrollschaltern, die Luftsicherheitsaufgabe an den Zentralen Kontrollstellen und natürlich die Vorgangsbearbeitung. Mein Hauptwohnsitz befindet sich immer noch in meiner

Heimat nahe Wismar, da dort meine Familie und meine Freunde leben. Das wird immer mein Lebensmittelpunkt bleiben. Hier in Frankfurt am Main habe ich mir berufsbedingt eine Zweiwohnung suchen müssen, die etwa 20 Minuten mit der S-Bahn entfernt vom Flughafen ist und sich etwas außerhalb von Frankfurt befindet

Tina: Ich lebe in einer Zweizimmerwohnung in Berlin-Köpenick. Auch dort sind die Mieten mittlerweile sehr hoch. Meine Liegenschaft ist in Schöneberg, 23 Kilometer entfernt. Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln benötige ich eine Stunde dorthin. Da wir Zöllner ja nicht kostenfrei fahren dürfen, muss ich ein Monatsticket für 81 € kaufen. Wenn ich zum Beispiel erst um 2 Uhr Dienstende habe, dauert der Heimweg mit den Nachtbussen auch schon mal zwei Stunden. Ein Auto wäre da von Vorteil. Ich habe aber schon seit zwei Jahren keines mehr. Das ist einfach zu teuer. Zudem gibt es in Berlin kaum Stellmöglichkeiten. Bei meinem früheren Auto hatte ich drei Vandalismuschäden in zwei Jahren, und hier in Berlin sind auch die Steuern und Versicherung teurer als in kleinen Städten. Durch den Schichtdienst, die unregelmäßige Arbeitszeit und die finanziellen Belastungen ist derzeit keine Familie möglich. Nicht mal Haustiere.

DP: Wie kommt Ihr finanziell über die Runden?

Sabrina: Man muss Einschränkungen hinnehmen. Gerade am Anfang war es für mich schwierig, hier eine



HER MIT DEM KAUFKRAFTAUSGLEICH!

Wohnung zu finden, in der ich mich wohlfühlen kann. Ich wollte eigentlich immer eine Zweiraumwohnung, um den Wohn- und Schlafbereich abgrenzen zu können. Doch schnell war klar, dass das finanziell nicht passt, da ich nicht bereit war und es auch immer noch nicht bin, die Hälfte meines Einkommens für Miete und Nebenkosten auszugeben. Nach etwa drei Monaten habe ich dann eine Einraumwohnung gefunden, mit der ich mich anfreunden konnte, da das Preis-Leistungs-Verhältnis akzeptabel war.

Tina: Bei mir ist das Geld auch jeden Monat sehr knapp. In Berlin ist durch die große Nachfrage einfach alles teuer, auch alle Vergünstigungen, zum Beispiel die Eintrittspreise für Schwimmbäder, Museen oder Ähnliches. Es ist eine Touristenregion. Hinzu kommen die hohen Ausgaben durch Versicherungen: Dienstunfähigkeit, private Krankenversicherung (die allein 275 €/Monat schluckt), Pflegeversicherung und so weiter. Seit meiner Ausbildung hatte ich kein Geld mehr für Urlaub. An Ersparnisse ist auch nicht zu denken.

Sabrina: So richtig was zur Seite legen kann man nicht. Das kommt mal vor, jedoch nicht regelmäßig, da man ja auch neben der Miete noch so einiges an Fixkosten laufen hat.

DP: Fühlt Ihr Euch da manchmal gegenüber KollegInnen, die nicht in einer Hochpreisregion arbeiten/leben benachteiligt?

Tina: Ja schon, neben den niedrigeren Mietpreisen gibt es außerhalb der Großstädte ja auch eine wesentlich größere Auswahl an Wohnungen. Der Lärmpegel ist geringer, es gibt weniger Hektik und oft eine geringere Gefährdungslage.

Sabrina: Wenn man mit Kollegen spricht, die nach der Ausbildung nicht direkt nach München oder Frankfurt gekommen sind, dann hört man ganz andere Summen von Mietpreisen und das macht einen dann innerlich schon ein bisschen sauer. Man ist ja schließlich extra wegen des Berufs in eine Großstadt gezogen.

Tina: Im Gesamten sehe ich da eine große Benachteiligung gerade jungen Kollegen gegenüber. Die haben nie die Chance, heimatnah in einer kleineren Region eingesetzt zu werden, da die wenigen Stellen alle von Dienstälteren besetzt sind.

DP: Was erwartet Ihr von der Politik, was sollte sie verbessern?

Sabrina: Es wäre sinnvoll und motivierend, einen kleinen Zuschlag für

Hochpreisregionen zu geben, sodass man nach Abzug der Miete vielleicht den gleichen Betrag an Geld hat, wie Kollegen aus Gebieten mit deutlich geringeren Mieten.

Tina: Die Politik ist hier gefragt, einen fairen Ausgleich zu schaffen und eine Ballungsraumzulage bzw. einen Kaufkraftausgleich wieder einzuführen. Weiter bin ich der Meinung, dass die Politik der Polizei und dem Zoll gewähren sollte, die öffentlichen Verkehrsmittel kostenfrei nutzen zu können.

DP: Mit ihrer Petition verfolgt die JUNGE GRUPPE ja genau das Ziel, die Politik unter Druck zu setzen. Mal angenommen, die GdP setzt sich durch: Was würde sich konkret für Euch ändern wenn ein finanzieller Kaufkraftausgleich eingeführt wird?

Tina: Durch die Zulage wäre es mir möglich, ein Auto zu kaufen, davon könnte der Kredit abbezahlt werden und mein Arbeitsweg würde sich zeitlich um die Hälfte verkürzen. Das würde täglich eine ganze Stunde ausmachen.

Sabrina: Es wäre auf jeden Fall eine Riesenentlastung, dass alle Kollegen am Ende des Monats nach Abzug der Fixkosten in derselben Besoldungsgruppe das gleiche Entgelt haben. Und man könnte dann eine gewisse



Zwei GdP-Kolleginnen, Zöllnerin Tina Eitner (Foto) und Bundespolizistin Sabrina Hopfe, berichten von ihrer Situation in Hochpreisregionen. Foto: GdP

Summe sparen, um sich für später schon mal im frühen Alter abzuschern und natürlich des Öfteren mal Urlaub zu machen.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

NACHRUF

Wir trauern um unseren Kollegen und Freund

Klaus Borghorst

der für uns alle unfassbar am 29. März 2018 im Alter von 61 Jahren verstarb. Klaus Borghorst war ein überzeugter Gewerkschafter und Personalvertreter und vertrat in vielen Funktionen aktiv die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen.

Seit 2002 gehörte er dem geschäftsführenden GdP-Bezirksvorstand an. Hier setzte er sich als Vorsitzender der Rechtsschutzkommission für die Belange der Kolleginnen und Kollegen ein, die des gewerkschaftlichen Schutzes und der Unterstützung bedurften. Als Kassierer hatte er maßgeblichen Anteil an der positiven Entwicklung unserer Organisation. Er leistete mit seiner Arbeit bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Dezember letzten Jahres einen entscheidenden Beitrag für den Erfolg der GdP im Einsatz für die Belange der Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei, im Zoll und im BAG. Mit Klaus verlieren wir einen Freund, einen Kollegen und Ratgeber, der das Herz am rechten Fleck hatte und mit seinen Ecken und Kanten uns hinterfragt und herausgefordert hat, stets das Beste zu wollen.

Wir danken Klaus dafür, dass er uns so intensiv begleitet hat.

Unsere Gefühle und Gedanken sind bei seiner Familie, der er ganz besonders fehlen wird.

Jörg Radek für den geschäftsführenden GdP-Bezirksvorstand Bundespolizei

Jürgen Mießner für die GdP-Direktionsgruppe Nordrhein-Westfalen

Tim Röder für die GdP-Kreisgruppe Düsseldorf Flughafen

Dr. Hartmut Kühn für die GdP-Geschäftsstelle Hilden



OPTIMALER RECHTSSCHUTZ MIT DEM DGB

Sven Hüber referiert bei der Tagung der DGB-Rechtsanwälte.

Foto: GdP

Unter der Leitung von Cornelia van Buren, der Koordinatorin Beamten- und Verwaltungsrecht in der Hauptverwaltung des DGB Rechtsschutzes, fand Ende März eine zweitägige Fachtagung zum Bundespersonalvertretungsgesetz für DGB-Rechtsschutzsekretärinnen und -sekretäre statt. Der stellvertretende GdP-Bezirksvorsitzende und Hauptpersonalratsvorsitzende Sven Hüber war als Referent mit dabei.

Der GdP-Bezirk Bundespolizei arbeitet bei seinen arbeits- und beamtengerichtlichen Rechtsschutzfällen eng mit der DGB Rechtsschutz GmbH zusammen (mit Ausnahme von Rechtsschutzfällen in Strafsachen). Die DGB Rechtsschutz GmbH erbringt die Rechtsberatung

und Prozessvertretung für insgesamt über sechs Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Sie erfüllt damit eine satzungsgemäße Aufgabe des DGB und seiner Gewerkschaften.

In den vergangenen Jahren hat die GdP die Zusammenarbeit mit dem DGB Rechtsschutz weiter ausgebaut und intensiviert. Für unsere Mitglieder hat das entscheidende Vorteile: Gemeinsam haben wir bundesweit mehrere spezielle Kompetenzzentren innerhalb des DGB

Rechtsschutzes auf- und ausgebaut. Deren Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (sogenannte RechtsschutzsekretärInnen) sind damit genau auf die Belange der Beschäftigten von Bundespolizei, Zoll und BAG spezialisiert.

Regelmäßig unterrichten VertreterInnen des GdP-Bezirks Bundespolizei die DGB-Rechtsschutzsekretäre und bilden sie fort. Am zweiten Tag der Tagung referierte daher Sven Hüber zu den Besonderheiten der Personalratsarbeit in der Bundespolizei. Neben den Sondervorschriften des Bundesvertretungsgesetzes wurden dabei besonders die Struktur der Bundespolizei und die wesentlichen Betätigungsfelder der dortigen Personalräte beleuchtet.

GdP und DGB Rechtsschutz GmbH möchten die Zusammenarbeit kontinuierlich weiter intensivieren und durch regen Informationsaustausch die Rechtsschutzbüros vor Ort in ihrer Arbeit für unsere Mitglieder, aber auch für unsere Personalvertretungen und Kreisgruppen weiter stärken. Weitere Infos findet Ihr unter: www.dgbrechtschutz.de.

Heinz Selzner

NEIN ZU ANKER-ZENTREN

Schon im Herbst dieses Jahres soll das erste sogenannte „AnKER“-Zentrum in Betrieb gehen. In den zentralen Einrichtungen sollen Ankunft, Entscheidung, Verteilung auf die Kommunen oder Rückführung stattfinden und dadurch, laut Bundesinnenminister Seehofer, die Asylverfahren beschleunigt werden. Laut Presse soll beabsichtigt sein, die Bundespolizei mit der Betreuung zu beauftragen. Wir wenden uns entschieden dagegen!

Grundsätzlich müsste die Bundespolizei in allen Fällen der Einreise von Schutzsuchenden über den Landweg eine Zurückweisung in den Nachbarstaat vornehmen oder eine Einreiseverweigerung aussprechen, weil die Einreise aus einem sicheren Drittstaat erfolgt oder ein anderer Staat für das Asylverfahren zuständig ist. Aber sie darf von dieser verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Regelung keinen Gebrauch machen.

So die mündliche Weisung des ehem. Bundesinnenministers de Maizières vom 13. 9. 2015 gem. § 18 Abs. 4 Nr. 2 AsylG „aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik“. Die Anordnung wurde bisher nicht aufgehoben. Die aktuellen Pläne sind daher absurd: Die Bundespolizei darf nicht volle Grenzpolizei sein, soll aber zu einer Art Haftpolizei umfunktioniert werden und in als „AnKER-Zentren“ titulierten Lagern die Folgen einer rechtsaussetzenden Entscheidung verwalten.

Der Einsatz der Bundespolizei in diesen Lagern wäre ein Bruch des Koalitionsvertrages. Dieser legt grundsätzlich fest, „dass die Bundespolizei bundesweit im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten und Aufgaben eingesetzt wird“, also keine Ausweitung erfolgt. Die Bundespolizei soll sich vielmehr verstärkt um die „Bekämpfung von Straftaten an Kriminalitätsschwerpunkten, wie z. B. Bahnhöfen, insbesondere von All-

tagskriminalität“, kümmern. Es fehlt zudem an der rechtlichen Legitimation. Justizvollzug und das Betreiben von haftähnlichen Anstalten ist ausschließlich Sache der Länder. Außerdem darf nach geltendem Verfassungsrecht der Bundespolizei nur dann eine weitere Verwaltungsaufgabe des Bundes zugewiesen werden, wenn diese das Gepräge der Bundespolizei „als einer Sonderpolizei zur Sicherung der Grenzen des Bundes und zur Abwehr bestimmter, das Gebiet oder die Kräfte eines Landes überschreitender Gefahrenlagen wahr“ (vgl. Beschluss BVerfG vom 28. 1. 1998, Az.: 2 BvF 3/92). Auch die Unterbringung, Verpflegung und jede Form von „Obhutnahme“ der Asylsuchenden unterfällt von Verfassung wegen der Verwaltungskompetenz der Länder. Die GdP sieht deshalb in den Plänen einen Verfassungsbruch.

Hinzu kommt: Wir haben keinerlei Personal dafür! Die Stellenzuwächse der letzten Jahre sind für die enormen Lücken im Streifendienst vorgesehen.



NEIN ZU ANKER-ZENTREN

Die Bundespolizei hat auf die politischen Zusicherungen, endlich entlastet zu werden, vertraut. Wer sie zum Betreiben von Lagern einsetzen will, kann nur weitere Beamte von der Grenze und den Bahnhöfen abziehen – mit der Folge, dass unsere ohnehin überlastete Behörde vollends kollabiert.

Methodisch gewollt ist, dass die Menschen in diesen Lagern keinerlei Anknüpfungspunkte zum Leben in Deutschland finden. Dem dienen Maßnahmen wie Gemeinschaftspflege und weitgehender Naturalunterhalt. In den bereits heute bestehenden „Transitzentren“ sind den Insassen z. B. Sprachkurse nicht erlaubt. Trotz bestehender Schulpflicht durften Kinder nicht am Schulunterricht teilnehmen; der Schulbesuch musste gerichtlich angeordnet werden. Selbst nach langer entbehrensreicher, anstrengender Flucht soll sich nach diesem Ansatz kein Gefühl des Ankommens oder Erholung einstellen dürfen. Wir sehen in diesen Lagern, die zukünftig Neuankömmlinge mit Abzuschiebenden zusammensperren, ein erhebliches Aggressions- und Gefährdungspotenzial. Aus präventiven Gründen können solche Lager aus polizeilicher Sicht nur abgelehnt werden.

Eine Internierung zum Zwecke der Durchführung des Verwaltungsver-

fahrens scheint zudem in ihrer Grundkonzeption bereits fraglich. Die faktische Gewahrsamshaltung in den Lagern soll „zeitlich und sachlich“ begrenzt werden; die Kriterien dafür sind unklar. Es sollen „nur diejenigen auf die Kommunen [verteilt werden], bei denen eine positive Bleibeprognose besteht“. Das bedeutet wohl eine Internierung der Menschen während der zeitlich unbestimmten Dauer des Asylverfahrens und des Rechtsweges. Bisher halten vom BAMF gestellte „schlechte Prognosen“ gerichtlichen Überprüfungen oftmals nicht stand, bei manchen Herkunftsstaaten sind 60 bis 70% der Klagen erfolgreich. Unklar ist auch, ob ein weiteres Festhalten der Personen auch im Falle einer Duldung beabsichtigt ist.

Ohne Zweifel könnte über eine „Obhutnahme“ bei Personen gesprochen werden, von denen eine individuelle Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht, seien dies Gefährder oder Personen, die wiederholt schwerere Straftaten begangen haben. Dies aber ist mit dem generalisierenden Anspruch der Lager nicht beabsichtigt.

Grundsätzlich gilt: Die Bundespolizei ist nicht zur Bearbeitung von Asylanträgen da! Im Gegenteil: Sie muss dringend von nicht polizeilicher Verwaltungsarbeit entlastet werden.

Nach einer ggf. erfolgenden erkenntnisdienlichen Behandlung im zeitlichen Zusammenhang mit dem Grenzübertritt sind die Personen unverzüglich an die Aufnahmeeinrichtungen weiterzuleiten, es endet unsere Zuständigkeit. Punkt. Die mit der Festhaltung in den Lagern verfolgte „umfassende Identitätsprüfung“ im Rahmen des Asylverfahrens ist Sache des BAMF. Auch der Vollzug von (richterlich angeordneter oder unangeordneter) Haft zum Zwecke der Abschiebung gehört nicht zu den polizeilichen Aufgaben. In oder mit den Lagern finden keine Strafverfolgungs- oder Gefahrenabwehrmaßnahmen nach dem Polizeirecht statt. Für das Betreiben solcher Lager „in Verantwortung der Bundespolizei“, ist nach geltendem Verfassungs- und Bundesrecht daher keinerlei Raum.

Es ist den Bundespolizeibeschäftigten nicht zuzumuten, nach einer seit Sommer 2015 andauernden Phase eines Identitätskonflikts über die Zulässigkeit des Verzichts auf volles grenzpolizeiliches Handeln nun in den nächsten Konflikt wegen erheblicher Rechtszweifel an der Zulässigkeit des Betriebs von „AnKER“-Zentren gestürzt zu werden. Die GdP spricht sich daher dafür aus, Pläne zum Betrieb von Lagern durch die Bundespolizei schnellstmöglich fallen zu lassen. Dafür werden wir uns stark machen!

EINSATZBETREUUNG IN BREMEN

Die Betreuung beim Hochrisikospiele am 24. 2. 2018, Werder Bremen gegen den Hamburger SV, stand für die Junge Gruppe Walsrode als nächster Höhepunkt in diesem Jahr an.

Bereits zum dritten Mal unterstützte Walsrode bei diesem länderübergreifenden Einsatz. Von den geschätzt 5000 Gästefans wurden allein 1200 per Zug erwartet. In Zusammenarbeit mit der Jungen Gruppe der Landespolizei Bremen, Hamburg und Uelzen galt es, allein über 300 Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei bei niedrigen Temperaturen und unruhigem Einsatzverlauf mit Kaffee, warmen Speisen und Süßigkeiten zu versorgen.

Die Gespräche mit den KollegInnen vor Ort und das Kennenlernen

von unterschiedlichen dienstlichen Aufgabenbereichen von Schutzpolizei, über Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) und weiteren Spezialkräften der Länder waren eine tolle Erfahrung. Wir sagen

Danke an die tolle Vorbereitung durch Bremer GdP-KollegInnen und für das große Engagement der Kolleginnen und Kollegen aus Walsrode in ihrer Freizeit.

GdP-Team Walsrode



Gut vorbereitet und bester Stimmung: Das Team Einsatzbetreuung aus Walsrode. Foto: GdP



MITGLIEDERVERSAMMLUNG OERLENBACH**Das neue Vorstandsteam in Oerlenbach.****Foto: GdP**

Zur Mitgliederversammlung der GdP-Kreisgruppe AFZ Oerlenbach am 8. März konnte der Kreisgruppenvorsitzende Nico Rogge 22 Mitglieder begrüßen.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Bekanntgabe der Tagesordnung wurde eine Totenehrung durchgeführt. Im Anschluss wurden Nicole Hochgesang und Henry Rosemann für ihre 25-jährige Mitgliedschaft

feierlich geehrt: Nico Rogge überreichte ihnen ihre Urkunde und Ehrennadel und stellte in einer kurzen Ansprache die Wichtigkeit von langjährigen und treuen Mitgliedern heraus.

Im weiteren Verlauf präsentierten der Kreisgruppenvorsitzende, Kassiererin Annika Wolf und Kassensprüfer Bruno Trapp ihre Tätigkeitsberichte und die Versammlung entlastete daraufhin die Vorstandschaft.

Nun folgten die Neuwahlen, die ergaben, dass die Kreisgruppe Oerlenbach mit einem jungen, engagierten und gut gemischten Team für die Zukunft stark aufgestellt ist: Die Kreisgruppe wird von Nico Rogge als Vorsitzendem und Michael Beyfuß als seinem Stellvertreter angeführt. Kassiererin ist Annika Wolf zusammen mit

ihrer Stellvertreterin Nicole Hochgesang. Als neuer Schriftführer wurde Sebastian Kregler gewählt, der von Klaus Meder in sein Amt eingewiesen und unterstützt wird. Als Beisitzer im Vorstand fungieren Stefanie Wolf und Holger Rumpel. Die Frauengruppe wird von Daniela Heurig und die Seniorengruppe von Lorenz Wagner vertreten. Gleich drei junge Frauen erklärten sich bereit, für die Bedürfnisse und Angelegenheiten der Jungen Gruppe verantwortlich zu zeichnen: Ilona Gößmann-Schmitt, Anika Jung und Stefanie Rützel.

Nico Rogge stellte den Mitgliedern noch aktuelle Informationen über die Arbeit der Gewerkschaft vor und verwies auf die in den kommenden Wochen und Monaten zu bewältigenden Aufgaben, Aktionen und Ziele der Kreisgruppe. Nach der Versammlung informierte der Vertreter der SignalIduna, Günter Sellmann, interessierte Mitglieder über Details zu Anwartschaft und Dienstunfähigkeit.

Nico Rogge für die GdP-Kreisgruppe AFZ Oerlenbach

FREMDE WELT NORDKOREA

Als Monitoring-Officer mit besonderen Aufgaben hatte unser Kollege und GdP-Mitglied Ernie Hermann die seltene Gelegenheit, Nordkorea zu bereisen. Für die Deutsche Polizei berichtet er von seinen Eindrücken aus einem nicht nur durch die Entfernung von 11 000 Kilometern für uns so fernen Land:

Der nördliche Teil Koreas sieht sich als das einzig legitime Korea. „Nordkorea“ ist für die Menschen dort eine Bezeichnung, die ihnen die für sie feindlichen USA (inkl. Südkorea und Japan) gegeben haben. Südkorea

**Koreanerinnen am Sonntag im Park.**

existiert namentlich nicht und, wenn unvermeidlich, wird es klein geschrieben.

Die Möglichkeit, in das Land zu kommen, ist organisatorisch schwierig und für westliche Privatreisende teurer als Mauritius. Etwa 6000 Ausländer besuchen Nordkorea pro Jahr, der überwiegende Teil aus China; andere sind Diplomaten, Delegationsteilnehmer, Militärbeobachter oder Polizeiattachés aus „neutralen“ Staaten sowie Konzerngesandte, sofern deren Handelsgüter nicht durch Embargos ausgeschlossen sind.

Die Einreise über den Luftweg funktioniert ausschließlich über Peking/Beijing mit der zurzeit einzigen Fluglinie Air Koryo aus Nordkorea. Deren wenige russische Maschinen sind um die 40 Jahre alt. Für Oldtimer-Enthusiasten also der Kick, besonders beim Startvorgang kurz

**Unverwechselbar: Die Skyline von Pyongyang.**

nach dem Abheben, wenn die Triebwerke wegen Überhitzung sekundenzugelang Pause brauchen. Auch dass während des Flugs ein Propagandafilm über Fidel Castro läuft, ist ein kurioser erster Eindruck. Die Einreise ist „ungewohnt“: Koffer entleeren, beide Handys abgeben, die Anzahl und Art von Zeitungen und Büchern werden kontrolliert. Alles o. k. Nach rund 42 Stunden komme ich müde in Pyongyang an.

Am nächsten Morgen um Punkt halb sechs erschallt durch die ganze



FREMDE WELT NORDKOREA

Stadt eine halbe Stunde lang laute Musik, um die Bevölkerung zum Aufstehen und zur Arbeit aufzufordern. Mit seinen fast deutsch anmutenden Reihenhäusern bis zu Wolkenkratzern wirkt Pyongyang wie eine Mischung aus Berlin Marzahn und Frankfurt am Main. Das Ganze ebenfalls an einem Fluss mit Promenaden, Ausflugschiffen, spazierenden Familien und restaurierten Baudenkmälern. In den Vororten gibt es auch ländliche Häuser mit Stroh- oder Schilfdächern. Ein typisches davon, erstklassig restauriert, ist das Geburtshaus von Kim Jong Sun, zu dem an Feiertagen tausende Familien strömen. Neben diesen kultbezogenen Örtlichkeiten sind passenderweise auch Freizeitparks angelegt.

Ein Mädchen zeigt mir ein riesiges neues Sportareal und drückt eine regelrecht orgastische Begeisterung aus, wenn sie darauf hinweist, dass Kim Jong Un auf dieser Treppe oder in jenem Raum gestanden habe. Diese nicht im Geringsten gespielte Überzeugung, Erregung in ihrer Stimme, wenn sie nur den Namen sagt, ist unvergesslich. Der Führerkult hat tatsächlich teils groteske Züge. Ganze Scharen an zivilen oder uniformierten Bürgern pilgern insbesondere sonntags und an Feiertagen zu den vielen überdimensionalen Standbildern oder Gemälden ihrer Landesgründer Kim Jong Sun und Kim Jong Il. Jeder, also auch ich, muss sich, egal wo, vor den beiden verbeugen. Tief idealerweise. Und einen obligatorischen Plastikblumenstrauß ablegen. Hände neben den Körper, in Reih und Glied. Das Ganze wird polizeilich überwacht. Natürlich kann man das alles arrogant belächeln, aber man möge nur einmal an die Fans der Königshäuser von England bis Holland denken – nur dass diese ihre Begeisterung freiwillig ausleben.



Nordkoreanischer Alltag: Die Huldigung der Familie Kim.

Alle Fotos: Ernie Herrmann

Das Jahresgehalt eines Arztes beträgt etwa 2500 €, das eines Angestellten nur 1000 €. Tatsächlich jedoch muss für Miete nichts bezahlt werden, jedoch für Stromverbrauch, um zu vorsichtigem Energieverbrauch zu animieren. Auch ärztliche Versorgung und Medikamente sind kostenfrei. Desweiteren gibt es Zuteilungskarten für besondere Lebensmittel/Gewürze, die man aber nur als Berufstätiger oder Mutter erhält. Interessant ist das Rentensystem. Hier erhält jeder zwar nur 40% Grundsicherung, für erhaltene Auszeichnungen (Ehrenämter, Verdienste, Engagement etc.) erhält man 60% des Gehaltes und wer militärische oder polizeiliche Auszeichnungen erhalten hat bis zu 100% seines Gehaltes bis zum Lebensende.

Tatsächlich darf man nirgendwo ohne Begleitung hin, weder in den Laden um die Ecke, noch soll man seine Unterkunft bzw. das Areal unbegleitet verlassen. Man muss das akzeptieren in dieser zurzeit schwierigen politischen Lage. Dass es nervt, kann man auch nicht behaupten, da die echte (!) Freundlichkeit der Nordkoreaner überwältigend ist. Interessanterweise darf ich Polizisten im Gegensatz zu Militärs fotografieren. Schwierig ist allerdings für uns die Unterscheidung zwischen Polizisten und Soldaten, da deren Uniformen fast identisch sind (außer bei den Schupos, die den Verkehr regeln, deren Uniformen sind hellblau).

Ausgerechnet am letzten Tag wird nachts wieder eine Langstreckenrakete KN17 abgefeuert. Die Sirenen heulen, Abteilungen marschieren durch die Straßen. Die Info kommt vom Schweizer Botschafter, einige Staaten evakuieren bereits ihre in Nordkorea stationierten Konsulatsangehörigen. Die Preise steigen minütlich, Benzin kostet plötzlich mehr als gestern, weil China die Ölzufuhr gestoppt hat. Ab zum Bahnhof! Alles muss schnell gehen. Der lange Zug ist voller Ausländer: Schweden, Schweizer, Russen, Diplomaten. Es ist zum Heulen. Wir schauen auf die Stadt Pyongyang mit ihren Kultur-



Der Autor Ernie Herrmann, hier in einer Pagode am Fluss.

schätzen und Palästen. Und zu den normalen Menschen die doch sicher auch hier nur friedlich leben wollen. Hunderte Bauern, Arbeiter, Kinder winken neben der Strecke dem langen Zug zu.

Etwa vier Stunden später erreichen wir die Grenze zu China. Auf nordkoreanischer Seite wird geprüft, ob wir jedes bei der Einreise deklarierte Handy sowie jede Zeitung wieder mit ausführen. Nichts darf zurückbleiben. Der Schweizer Corporal in meinem Abteil muss jedes seiner rund 2000 Fotos in der Kamera zeigen und etwa 100 davon löschen, auf denen Armut oder Soldaten zu sehen sind. Der Polizeioffizier salutiert und fragt mich, ob ich auch Kinder habe, setzt sich zu mir und die Situation ist surreal gespannt, während draußen alles extrem streng und gründlich läuft. Meine Fotos und Filme darf ich interessanterweise behalten. Nach zwei Stunden ist das Prozedere erledigt, es geht über eine Brücke nach Dandong/China. Während der 20-stündigen Fahrt in das rund 2000 Kilometer entfernte Peking gehen mir viele Gedanken durch meinen Kopf. Was wird aus den Menschen, die ich kennengelernt habe? Wird der Unsinn der gegenseitigen Vernichtungsandrohung endlich aufhören? Wie man es auch sehen möchte, es war eine unvergessliche Reise, die mein Leben auch mitgeprägt haben wird.

Ernie Herrmann



NEUES AUS DER KREISGRUPPE MUC

Osterüberraschung bei den Kolleginnen und Kollegen am Flughafen München.

Viel zu tun gab es im März in der GdP-Kreisgruppe MUC (Flughafen München). Neben Ehrungen hatte der Vorsitzende Sven Armbruster auch die inzwischen bereits traditionelle Osteraktion auf dem Plan stehen.

Im März durfte Sven Armbruster, dem Kollegen Georg Wöfl seine Urkunde mit Anstecknadel und einem

kleinen Präsent für dessen 25-jährige Mitgliedschaft in der GdP überreichen. Sven bedankte sich im Namen der Organisation für die Treue und wies auf die Wichtigkeit einer Mitgliedschaft in einer starken Gewerkschaft hin.

Ebenfalls für 25 Jahre Mitgliedschaft wurde Björn Gifhorn geehrt. Diese Ehrung fand aus persönlichen Gründen bei dem Kollegen zu Hause statt.

Dass die GdP-Kreisgruppe am Flughafen München weiß, wie der Hase läuft, stellte sie bei ihrer Osteraktion unter Beweis. Bereits zum dritten Mal verteilte die die Kreisgruppe 1000 Ostereier an die Kolleginnen und Kollegen auf den Wachen am Flughafen München, die an den Os-

terfeiertagen ihren Dienst verrichten mussten.

An der Verteilung der Ostereier hatten alle Beteiligten viel Spaß, und es gab immer wieder Möglichkeiten, um mit den Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen. Alles in allem eine gelungene Aktion!

GdP-Kreisgruppe MUC

Sven Armbruster gratuliert dem Jubilar Georg Wöfl.
Fotos: GdP

POLITISCHE GESPRÄCHE

Am 5. März trafen sich Stephan Lange, Vorsitzender der Kreisgruppe Mecklenburg-Vorpommern (MV), und sein Stellvertreter Gerd Edinger mit dem Bundestagsabgeordneten Philipp Amthor (CDU) zu einem Gespräch in Pasewalk.

Die GdP-Vertreter erläuterten Amthor die allgemeine Situation der Bundespolizei vor Ort und stellten unsere gewerkschaftlichen Standpunkte zu einzelnen Problemfeldern vor. Wesentliches Thema war das Personal: die Dienstpostenbesetzungssperre, das Ausschreibungsverbot freier Dienstposten und die notwendige Nachbesetzung von Dienstposten infolge der Demografie. Es wurde ausführlich die derzeitige Personallage dargestellt, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Arbeitsbelastung.

Ein weiteres, ganz konkretes Themenfeld war der Bau bzw. Ausbau eines Kontrollplatzes am ehemaligen Grenzübergang Pomellen an der BAB 11. Diese Maßnahme wäre ein deutliches Zeichen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen und würde der Dienst-

stelle die Durchführung des gesetzlichen Auftrages erheblich erleichtern. Der derzeitige Zustand ist unzureichend und führt zu einer erheblichen Gefährdung der Kolleginnen und Kollegen. Im Weiteren wurden einige aktuelle Eckpunkte aus dem Konsolidierungsprogramm der GdP für die Bundespolizei ausführlich erörtert.

MdB Amthor zeigte sich sehr gut informiert über die aktuelle Lage

der Bundespolizei in MV und speziell im Bereich Vorpommern. Zum Ende des Gesprächs sicherte uns der Bundestagsabgeordnete zu, die Probleme in den politischen Raum nach Berlin zu bringen und dort an die richtigen Adressaten weiterzugeben.

Gerd Edinger für die GdP-Kreisgruppe Mecklenburg-Vorpommern



Gerd Edinger (li.) und Stephan Lange (re.) überreichen CDU-Bundestagsabgeordneten Philipp Amthor das GdP-Konsolidierungsprogramm.
Foto: Büro MdB Amthor

